

München, 27.02.2018

SPD fordert Recht auf Weiterbildung für Arbeitnehmer

Sozialexpertin Doris Rauscher: Ein bayerisches Bildungsfreistellungsgesetz nutzt Beschäftigten und Arbeitgebern und darf nicht länger von der CSU boykottiert werden

Die sozialpolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Doris Rauscher** fordert anlässlich der heutigen Landtagssitzung (27. Februar) nachdrücklich ein [Bildungsfreistellungsgesetz \(PDF, 474 kB\)](#) und damit ein Recht auf Fortbildung. "Es gibt keine sachlichen Gründe, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Recht auf bezahlte Weiterbildung vorzuenthalten", kritisiert Rauscher in Richtung der Regierungspartei, die sich bislang hartnäckig weigerte, dem SPD-Gesetzentwurf zuzustimmen. "Mit Ausnahme von Sachsen hat bereits jedes Bundesland ein Bildungsfreistellungsgesetz. Nur in Bayern ist es vollkommen von der Willkür der Arbeitgeber abhängig, ob ein Mitglied der Belegschaft sich fortbilden darf."

Dass die CSU ernsthaft eine Fortbildung mit Urlaub vergleicht - oder gar anregt, eine Fortbildung dann mit weniger Urlaub aufzurechnen -, sei eine absolute Unverschämtheit, betont die SPD-Sozialexpertin. "Jedes Unternehmen braucht enagierte und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Umso besser, wenn diese sich fortbilden - und nicht dadurch demotiviert werden, dass ihnen Weiterqualifizierung vorenthalten wird!"

Mit einem Bildungsfreistellungsgesetz sei vielmehr garantiert, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht unter ihrem Potential bleiben - egal, wer in der Geschäftsführung sonst darüber entscheidet. "Auch Weiterbildung im Bereich des neben dem Beruf ausübten Ehrenamts bringt nicht nur die Arbeitswelt, sondern die gesamte Gesellschaft langfristig weiter."